

Auf das Gutachten erklärte der Minister der Finanzen mit Schreiben vom 17. März 1927 an den Gemeinderat, daß eine Staatsbeteiligung an der Wiederaufnahme nicht in Aussicht genommen sei und eine Abänderung des Beschlusses unter keinen Umständen in Frage komme.⁴⁶

Eine Wiederaufnahme des Bergbaues betrieb auch Direktor Frohwein, aber er stieß im Landtag auf wenig Gegenliebe, ja „auf taube Ohren“, wie ein Abgeordneter 1927 der Gemeinde mitteilte. Im Ruhrgebiet lägen so viele Zechen still, weil sie keinen Absatz hätten, daß sich kaum jemand für die so schwer zu gewinnende Kohle in Berghaupten erwärmen könne. Auch die Vorsprache einer Abordnung sei zwecklos. Aber die Unternehmer lassen sich nicht beeindrucken; nichts kann sie davon abhalten, neue Pläne zu schmieden. 1930 wird das Bergwerk von Ingenieur Gustav Winter erworben, der das Wagnis einer Wiederaufnahme auf sich nehmen will. Am 25. 1. 1931 erscheint in einer Freiburger Zeitung eine größere Abhandlung über das süddeutsche Steinkohlenlager bei Offenburg, die in hoffnungsvollen Worten für das Projekt wirbt, um das Interesse des Landes Baden für eine großzügige Arbeitsbeschaffung zu gewinnen. Man verspricht sich die Beschäftigung von mindestens 800 bis 1 000 Arbeitskräften. Der Artikel erreicht auch insofern seinen Zweck, als die Behörden sich für die Annahme interessieren, daß sich in Berghaupten noch ausbeutungsfähige Kohlenvorkommen befinden. Auch die Handelskammer setzt sich für das Projekt ein. Winter hatte vor, den Großherzog-Friedrich-Schacht wieder aufzuwältigen. Man wollte die Auffassung des Geologen Dr. Sauer nachprüfen, ob nach der Tiefe ungestörte Kohlenflöze vorhanden seien. Das Badische Bergamt in Karlsruhe war naturgemäß mit solchen Aufschlußarbeiten durchaus einverstanden; sie konnten zur Milderung der Arbeitslosigkeit und zur endgültigen Aufklärung dieses Karbonvorkommens beitragen.

In ihren Bemühungen, eine Wiederaufnahme des Bergbaues zu erreichen, stützte sich die Gemeinde Berghaupten auch auf ein Gutachten der ehemaligen Obersteiger Gottfried Armbruster und Jakob Brüderle, die 30 bzw. 50 Jahre im Bergwerk beschäftigt waren. Auch sie setzten sich für einen Abbau im Gebiet des früheren Großherzog-Friedrich-Schachtes in Richtung Kinzig ein. Der bisherige Oberflächen-Stollenbau sei allerdings kaum rentabel; es müßten größere Abteufungen als bisher erfolgen. Diese Beurteilung wurde am 8. April dem Kreisrat Offenburg auf eine Anfrage hin zugeleitet.

Alle Gemeinden des Reviers und der Umgebung unterstützten diese Pläne. Die Stadt Gengenbach stellte am 4. Mai dem Reichsministerium des Innern die damals trostlose wirtschaftliche Lage vor Augen und bat darum, daß die Westhilfegelder für den Bergbau benützt werden dürften.

⁴⁶ Auch die folgenden Ausführungen stützen sich auf Unterlagen im Gemeindearchiv Berghaupten.